

CÉCILE ZÜLLIG

## Eine Schweizerin sieht Berlin

Gleich bei der Ankunft im Flughafen Tempelhof werden wir gewahr, daß wir uns in eine Großstadt besonderer Art begeben haben. Wir kommen von Zürich-Kloten her, einem Weltverkehrsumschlagsplatz, so will es uns nachträglich erscheinen, wo Maschinen aus allen Himmelsrichtungen landen und starten, Menschen vieler Sprachen und Rassen die Wartehallen füllen. Der Flughafen Tempelhof wirkt dagegen verlassen: zwei, drei Maschinen auf der Piste, fast keine Reisende, leer die Hallen. Wir befinden uns auf der „Insel“ Berlin, in einer Stadt ohne Land in einem Land ohne Hauptstadt. Wie wir vom Flughafen wegfahren, fällt der Blick auf das Luftbrückendenkmal. Wir erinnern uns an die Blockade und daran, daß es gut wäre, im Gepäck einiges Wissen mitzubringen.

Die folgenden Daten, die jedermann bekannt, aber vielleicht nicht immer gegenwärtig sind, mögen dazu dienen, die Lage von Berlin etwas besser zu verstehen.

### *Die Völker- und staatsrechtliche Situation von Berlin*

Von Berlin aus geht am 1. September 1939 die Kunde vom Einmarsch deutscher Truppen in Polen durch den Äther. Nach über fünf Jahren härtesten Ringens um die Herrschaft Europas und damit auch der Welt schließt sich der Kreis. Im Mai 1945 erobern sowjetrussische Truppen die Hauptstadt des Deutschen Reiches, in Berlin wird Moskauer Zeit eingeführt. Das alliierte Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands wird erreicht. Die interalliierten Abmachungen gemäß Londoner Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungssektoren in Berlin, Londoner Abkommen vom 14. November 1944 über die Verwaltung von Berlin und den Konferenzergebnissen von Yalta, u. a. über das Hinzutreten Frankreichs als vierte Besatzungsmacht, können in Kraft gesetzt werden.

## EINE SCHWEIZERIN SIEHT BERLIN

Im Juni 1945 marschieren die Truppen der drei westlichen Alliierten in ihre Berliner Besatzungssektoren ein, die originären Besatzungsrechte gehen — wenigstens nach westlicher Auffassung — von den Sowjetrussen auf die vier Mächte über. Alliiertes Kontrollrat und alliierte Kommandantur treten in Funktion. Dafür ziehen sich die Amerikaner von Thüringen und Sachsen bis an die Demarkationslinie zurück. Groß-Berlin mit seiner Viermächteverwaltung liegt nun völlig inmitten der sowjetischen Besatzungszone.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 setzen die Alliierten die politischen Ziele ihrer Besatzungspolitik fest. Die völlige Entmilitarisierung Deutschlands wird vorgesehen, ein Friedensvertrag ebenfalls. Bis zum Zustandekommen dieses Friedensvertrages wird Deutschland kein Subjekt des Völkerrechts mehr sein.

In Berlin nimmt die Viermächtekommandantur ihre Arbeit am 11. Juli 1945 auf. Bald entstehen die ersten Schwierigkeiten. Die Politik der Besatzungsmächte strebt nicht mehr auf ein gemeinsames Ziel zu. Deutschlands Weltmacht-Aspirationen sind ja zerschlagen. Jetzt ist Deutschland vornehmlich Objekt des Ringens zwischen den neuen Weltmächten, zwischen den USA einerseits und der UdSSR andererseits, um die weltpolitische Vorherrschaft.

In der sowjetischen Besatzungszone kommen rasch wichtige politische und wirtschaftliche Strukturänderungen in Gang. U. a. gelingt es der sowjetrussischen Militäradministration (SMAD) in ihrem Machtbereich, die SPD mit der KPD zur SED zu vereinigen. In Berlin verfolgen die Kommunisten ähnliche Bestrebungen. Unter dem Schutz des Viermächtestatus leistet die SPD offenen und erfolgreichen Widerstand gegen eine Fusion. Am 20. Oktober 1946 finden in Berlin die ersten freien Wahlen unter dem Viermächtestatus statt. Gegen die Wahl von *Ernst Reuter* zum Überbürgermeister legt jedoch in der Folge der sowjetrussische Vertreter in der Kommandantur sein Veto ein. Die Spannung verschärft sich. Im März 1948 verläßt *Sokolowski*, der oberste Chef der SMAD, den Alliierten Kontrollrat und macht diesen beschlußunfähig. Im Juli 1948 verläßt auch der sowjetrussische Vertreter in der Kommandantur von Berlin seinen Posten und zieht sich mit seinem Stab in den Sowjetsektor der Stadt zurück. Die Spaltung von Berlin ist vollzogen. Doch der großangelegte Versuch, die Stellung der Westmächte in Berlin vollends zu untergraben, mißlingt.

Den umfassenden Verkehrsbehinderungen der Sowjetrussen, der Blockade, trotzen die westlichen Alliierten mit ihrer Luftbrücke. Bis zu 8000 Tonnen Güter werden je Tag nach Berlin vom Westen her eingeflogen. Die Bevölkerung der westlichen Besatzungssektoren hält durch. Im Mai 1949 wird die Blockade abgebrochen. Die Westmächte werden fortan nicht mehr als Besatzungsmächte, sondern eher als Schutzmächte und Verbündete im Kampf um die Freiheit empfunden.

Heute ist der Viermächtestatus von Berlin nicht viel mehr denn eine Fiktion. West-Berlin mit 2,2 Mill. Einwohnern ist de facto, nicht de jure, Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. West-Berlin schickt seine Abgeordneten in den Bundestag; diese haben jedoch nur Mitspracherecht und kein Stimmrecht. Gesetze, die der Bundestag beschließt, gelten nicht ohne weiteres für Berlin, sie müssen vom Berliner Stadtparlament ausdrücklich angenommen werden. Die Bundesrepublik hat aber gegenüber Berlin dieselben Verpflichtungen übernommen wie gegenüber den anderen Ländern des Bundes.

Ebenso ist Ost-Berlin mit 1,1 Mill. Einwohnern de facto, nicht de jure, Bestandteil der DDR. Nur entsprechend der faktischen Zentralstellung von Ost-Berlin im Rahmen der DDR und der politischen Vorstöße der Ostmächte für die Anerkennung der vollen Eigenstaatlichkeit der DDR ist die äußere Machtentfaltung der UdSSR in Ost-Berlin völlig abgebaut, während die Westmächte auf Grund der fortbestehenden Besatzungs-

## CÉCILE ZÜLLIG

rechte in West-Berlin noch einen Truppenbestand von etwa 10 000 Mann aufrechterhalten.

### *Die geteilte Stadt im Alltag*

Berlin hat heute zwei vollständig voneinander getrennte Kommunalverwaltungen. Offensichtlich wird das dem Besucher zuerst an den Verkehrseinrichtungen. Die Buslinien im Westsektor enden an der Sektorengrenze, jene im Ostsektor ebenfalls. Dasselbe gilt für die Straßenbahnlinien. Von West-Berlin kann man nicht nach Ost-Berlin telefonieren, von Ost-Berlin nicht nach West-Berlin. Der Sektorengrenze entlang läuft so etwas wie ein Streifen Niemandsland — mitten in der Stadt. Das Brandenburger Tor, heute Wahrzeichen der geteilten Stadt, war einmal Sinnbild des Stadtzentrums. In diesem Niemandsland wächst teilweise Gras, Gestrüpp. Nirgends wie hier ist Trostlosigkeit. Viele Straßen, die über die Sektorengrenze führen, sind zu toten Straßen geworden; eine Barriere gebietet: Halt. Wie mögen die vielen Tafeln auf die Berliner von Ost und West wirken? „Achtung! Sie verlassen den Westsektor.“ Oder: „Achtung! Beide Bürgersteige und Fahrbahn gehören zum Ostsektor. Vorgärten und Häuser der rechten Straßenseite gehören zum Westsektor.“

Trotzdem bestehen lebhaftige Kontakte zwischen beiden Stadtteilen. Die U-Bahn und die S-Bahn bewältigen einen fließenden Massenverkehr von Ost nach West, von West nach Ost. In den Stoßzeiten sitzen wir in den überfüllten Wagen in Tuchfühlung mit der Bevölkerung. Wer gehört zu West-Berlin, wer zu Ost-Berlin? Im Sommer 1960 sind es 43 000 Personen, die täglich nach West-Berlin an die Arbeit fahren. Umgekehrt arbeiten 13 000 Westberliner im Ostsektor. Diese Zahl scheint seit Jahren konstant zu sein.

Westberliner besuchen die Theater in Ost-Berlin. Ostberliner gehen nach West-Berlin ins Theater und ins Kino. Viele schicken die Kinder in die Schulen von West-Berlin.

\*

West-Berlin ist ein riesiger Bauplatz. Dieser Eindruck drängt sich jedem Besucher auf, der kreuz und quer durch die Stadt fährt.

Der Umfang des Wiederaufbaus hebt sich deutlicher ab, wenn wir versuchen, uns vorzustellen, wo Berlin am Ende des Krieges anfangen mußte. Von 1 700 000 Wohnungen sind 1945 550 000 zerstört. In West-Berlin sind seither 185 000 Wohnungen neu erstellt worden. Allein im Jahre 1960 wird mit einer Neubauleistung von 24 000 Wohnungen gerechnet. Das seit 1945 neu erbaute Straßennetz soll in seiner Länge der Strecke von Berlin nach Bagdad gleichkommen.

Am Ende der Blockade weist West-Berlin 300 000 Arbeitslose auf. Im September dieses Jahres ist die Zahl der offenen Stellen zum ersten Mal ungefähr gleich hoch wie die Zahl der verbleibenden Arbeitslosen. Die Beschäftigungsstruktur ist indessen für eine Stadt, die keine Hauptstadt mehr ist, immer noch ungünstig. Der Anteil der Beschäftigten in den Dienstleistungsbetrieben ist unverhältnismäßig hoch. (Nur 53 vH aller Beschäftigten arbeiten in sogenannten unmittelbaren Produktionszweigen, in der Bundesrepublik sind es 62 vH.)

Nach Kriegsende wurden in Berlin 85 vH aller Industrieanlagen demontiert. Ob die Industriebilanzen sich inzwischen wieder mit stillen Reserven angereichert haben, ist von außen nicht zu beurteilen. Was dem Besucher auffällt, ist die sehr moderne Gestaltung der meisten Betriebsstätten. Von den Firmen, die einst den Weltruf Berlins als erster Industriestadt Deutschlands begründet haben — denken wir an Siemens, AEG, Telefunken, Schering oder Schwartzkopff — ist bekannt, daß sie auf dem Weltmarkt wieder mit an vorderster Stelle stehen.

## EINE SCHWEIZERIN SIEHT BERLIN

Zur Erklärung dieses Wiederaufbaus in West-Berlin lassen sich wohl einige wirtschaftliche Faktoren anführen. Die großzügige Kredithilfe der USA hat den Start ermöglicht, und die billigen Kredite aus dem ERP-Fonds leisten heute noch nützlichste Dienste. Aus dem Haushalt der Bundesrepublik fließt nach wie vor jährlich über eine Milliarde D-Mark nach West-Berlin. Ein ausgeklügeltes System an fiskalischen und anderen finanziellen Erleichterungen fördern, in enger Verbindung mit Hilfsmaßnahmen der westdeutschen Industrie, zusätzlich die wirtschaftliche Aktivität. Hinter dieser ganzen Dynamik steht indessen sicherlich eine rational nicht erklärbare Vitalität, die die großartige Reurbanisierung zustande brachte.

Ja, andere Städte haben ebenfalls in Trümmern gelegen. Aber vergessen wir nicht, daß West-Berlin als ein rundherum isolierter Vorposten, ohne natürlichen Bezug mit einem Hinterland, recht eigentlich als Limes wiederaufgebaut wurde.

West-Berlin gehört heute, von außen gesehen, zu den modernsten Städten des westlichen Kulturbereichs. Dank großzügiger Stadtplanung, die Hand in Hand mit einer Sanierung des Boden- und Baurechts arbeitet, wandelte sich die berühmte Mietskasernenstadt aus den Gründerjahren in eine neuzeitliche Gartenstadt. Im Hansaviertel stehen Wohnbauten von Rang, die den Standard bilden für die vielen im Entstehen begriffenen Wohnsiedlungen der Außenviertel. Architekten aus aller Welt haben mitgewirkt. So verschieden die Hansabauten sein mögen, gemeinsam ist ihnen der schöpferische Geist, der Lösungen für ein freies Wohnen in der modernen Massengesellschaft sucht. Jeder Wohnung ein Maximum an Luft und Sonne und an Für-sich-Sein. Die neue Raumkonzeption nutzt die Vertikale aus. Das Punkthaus ermöglicht zusätzliche großzügige Grünflächen. So sollen jetzt hier, mitten im Grünen, ungefähr gleichviele Menschen wohnen wie früher im alten Hansaviertel, das ein steinernes Greuelviertel war.

Das Stadtzentrum von Berlin hat sich verlagert. Die alte City, das ehemalige Regierungs- und Verwaltungszentrum, die Straßen, wo die Gesandtschaften, wo Finanz und Wirtschaft, wo die großen Zeitungsverlage ihren Sitz hatten, das ist heute tote Stadt. Hier ist der Bruch in der Geschichte evident. Ein Hauch antiker Tragik liegt über diesem Gebiet.

Die neue City in West-Berlin macht auf den Besucher noch einen zwiespältigen Eindruck. Besonders der Kurfürstendamm verrät Verwirrung und Ratlosigkeit des Neuanfangs. Manche Modernismen sind bereits von gestern. Erst die Bauten der jüngsten Epoche, Hotels, Warenhäuser, Verwaltungsgebäude in der Gegend des Zoo-Bahnhofs, am Reuterplatz, geben auch der City ein großzügiges, neuzeitliches Gepräge.

\*

Ich wurde gefragt: „Ist es so, daß das Straßenbild in Ost-Berlin bedrückend und trostlos wirkt?“ Dies einfach zu bestätigen, wäre voreilig. Wer aus dem Westen kommt, sieht mit Augen, die Wohlstand gewohnt sind. In einer Großstadt das Überflüssige, das Elegante und Exklusive wahrzunehmen, ist für uns selbstverständlich. Das Wohlstandsgefälle gegenüber West-Berlin ist nun in der Tat offensichtlich.

Da ist allerdings die berühmte Stalin-Allee, diese zwei Kilometer lange Paradestraße mit 4000 Wohnungen. Sie wird als Renommierstück von Ost-Berlin, ihr „Zuckerbäckerstil“ als Brechmittel bezeichnet. Wie steht es damit? Deutsche — nicht Russen — haben hier in „russisch“ und in ideologischem Bekenntnisstil gemacht. Sind wir in Moskau? Die Stalin-Allee repräsentiert byzantinische Größe. Die Symmetrie der perspektivischen Straßenflucht verkörpert ein Ausgerichtetsein auf das Ziel, das glorreich die Nation überhöht. So hat auch Napoleon gebaut. Diesem Ziel, gesetzt von einer obersten Spitze, hat sich das Individuum unterzuordnen. Das Volk ist Material.

Doch, so starr uns der ideologische Anspruch der Stalin-Allee erscheinen mag, eine zeitliche Entwicklung ist trotzdem wahrnehmbar. Auch in Ost-Berlin gibt es neue und tatsächlich moderne Wohnquartiere; sie sind nur viel weniger zahlreich als in West-Berlin. Ganz in der Nähe der Stalin-Allee haben wir zugeschaut, wie Wohnblöcke, frei und funktional gedacht, aus vorfabrizierten Bauelementen entstehen. In der Suche nach neuen, rationellen Produktionsmethoden spielen die ideologischen Unterschiede nur eine untergeordnete Rolle.

Im gesamten scheint es, vielleicht als Folge anderer Ausgangslage, vielleicht als Folge anderer Gewichtung in der Planung, daß Ost-Berlin weniger gewillt ist oder es sich weniger leisten kann, radikal abzureißen, auszukernern und neu zu bauen. Viele beschädigte und alte Häuser sind wieder verwendungsfähig gemacht worden; altes Material wird nicht weggeworfen.

Mit Befremden nimmt der Besucher die vielen roten Spruchbänder zur Kenntnis, die an Hausfassaden aufgemacht sind. Plakate und Tabellen orientieren den Passanten über den Stand der Normerfüllung im laufenden Produktionsjahr. Wir lesen die Namen der volkseigenen Betriebe, die bereits ein Übersoll aufzuweisen haben, betrachten die Fotos von Facharbeitern, die sich durch Sonderleistungen auszeichnen. Ist die Massenkommunikation nur Medium oder Folge einer neuen Individualisierung?

In Ost-Berlin und in der DDR wird viel und gut Theater gespielt, und die Theater sind besetzt. Die Klassiker, Gorki und Brecht stehen in erster Linie auf dem Programm. Schlechte Kost ist das nicht. In Ost-Berlin und in der DDR gibt es keine kapitalistische Zerstreuungs- und Vergnügungsindustrie, die Schund liefert und mehr als nur Geld abnimmt. Ist die stetige Propagandaberieselung in der Zone soviel schlimmer als die Berieselung im Westen, die den Menschen, nur immer im Durchschnitt genommen, an das Film- und Alkoholkapital und an eine Glamoursex-Traumwelt sehr materialistisch-öder Art ausliefert?

In Ost-Berlin und in der DDR ist die Jugenderziehung ein schweres Problem, das viele Menschen mit großer Sorge erfüllt. Zwar werden der Jugend außerordentlich großzügige Leistungen geboten, doch kommen diese in erster Linie *der* Jugend zugute, die in die Massenorganisation Junge Pioniere eingegliedert ist. Ein raffiniertes System von Bevorzugungen und Auszeichnungen erschwert es den Eltern, ihre Kinder der Organisation fernzuhalten. Der Wunsch der Kinder selber geht natürlicherweise dahin, keine Außenseiter zu sein.

Obwohl der Staat mit einigem Erfolg versucht, sich der Jugend zu bemächtigen, ist davon die Rede, daß die Familie in Ost-Berlin und in der DDR ein Hort der Intimität, der Geborgenheit und Herzlichkeit geblieben sei. Die Familie sei intakter als im Westen, wo Wirtschaftswunder und Vergnügungssog sie zu sprengen drohen.

Kirchliche Kreise bestätigen, daß in Ost-Berlin und in der DDR das kirchliche Leben lebendiger sei als im Westen. Die Kirchen sind voll, und von den Kanzeln tönt eine sehr mutige und deutliche Sprache, die zum politischen Geschehen Stellung bezieht. An vielen Universitäten bestehen große und aktive Bibelgruppen.

#### *Wiedervereinigung — Die Berliner Frage*

Jeder denkt darüber nach; keiner spricht davon. Man läßt die Frage in der Schwebe. Selbst die Rechtslage wird in der Schwebe gelassen. Mentalreservierungen und Tun-als-ob. Die DDR vertritt den Standpunkt, daß Berlin auf Grund der völkerrechtlichen Vereinbarungen auch nach Beteiligung der Westmächte an der Kommandantur Bestandteil der sowjetrussischen Besatzungszone geblieben sei. Die Westmächte hätten diese Vereinbarungen, insbesondere das Potsdamer Abkommen, gebrochen durch die Bildung eines westdeutschen Separatstaates und durch die Durchführung einer separaten Währungsre-

form. West-Berlin sei widerrechtlich zur Frontstadt des kalten Krieges gemacht worden. Der Übergang von Hoheitsrechten von der UdSSR an die DDR räume ihr umfassende Kontrollrechte über Gesamt-Berlin ein. Die politischen Forderungen lauten: Schaffung einer entmilitarisierten freien Stadt West-Berlin und Beseitigung des Okkupationsregimes.

Die Westmächte vertreten die Auffassung, die UdSSR habe die Vereinbarungen durch die Bolschewisierung der sowjetischen Besatzungszone und dann durch den Austritt aus dem Alliierten Kontrollrat und aus der Kommandantur Berlin gebrochen, und verweigern der sogenannten DDR die rechtliche Anerkennung.

Der westliche Friedensplan, wie er in der Außenministerkonferenz in Genf 1959 vorgelegt wurde, schlägt bezüglich Berlin demzufolge vor: Vereinigung von Ost- und West-Berlin durch freie Wahlen unter Aufsicht der vier Mächte. Die vier Mächte garantieren den Zugang nach Berlin auf allen Wegen sowie die Freiheit und Integrität der vereinigten Stadt Berlin. Den vier Mächten soll auch in Zukunft das Recht zustehen, Truppen in Berlin zu stationieren.

Die Vorschläge des Westens sind in der heutigen Form für den Osten nicht annehmbar; die Vorschläge der UdSSR, die den Forderungen der DDR entsprechen, sind für den Westen nicht annehmbar. Werden sich diese Vorschläge so modifizieren lassen, daß eine Lösung möglich wird, eine Lösung, die weder dem Ostblock noch dem Westblock einseitige Vorteile verschafft, die ein Mindestmaß von politischen und persönlichen Freiheitsrechten garantiert, die einen Minderheitenschutz (z. B. für die kommunistischen Funktionäre in der heutigen DDR) gewährleistet und einen Kompromiß findet zwischen der Sozial- und Wirtschaftsordnung von Westdeutschland und der Zone?

Wird die nächste Zukunft eine solche Lösung bringen? Wird die Spaltung endgültig? Oder sind weltpolitische Veränderungen größten Ausmaßes in die Abwägung der Zukunftsperspektiven einzubeziehen? Nur so viel scheint gewiß, daß mit jedem Jahr der Trennung das Gewicht der Faktizität sich auch erhöht in normativer Richtung auswirken wird.

#### *Die Spannung Ost-West in den Gesprächen*

Alle diese Fragen wurden in den Gesprächen mit Berlinern sorgfältig umgangen. Es wurde höchstens angedeutet, daß die Lösung der deutschen Frage heute nicht primär Sache der Deutschen sei. Es wurde auch angedeutet, wie die deutsche Frage für die Deutschen selber ein vielschichtig komplexes Problem darstelle, und daß Professoren, die nicht in der politischen Verantwortung stünden, gut reden hätten.

Es ist indessen klar, daß man nicht nach Berlin fährt, um über das Wetter zu reden. Zwar ist der Berliner ein herzlich-gemütvoller und zugleich schlagfertig-geistreicher Mensch, mit dem man gerne in anregender Geselligkeit zusammensäße. Doch der Boden brennt unter den Füßen, die politischen Auseinandersetzungen liegen in der Luft.

\*

Sobald man mit West-Berlin in Kontakt kommt, spürt man, daß man sich wirklich in der Frontstellung des kalten Krieges befindet. Viele nun kommen nach Berlin aus Neugierde, vielleicht aus Sensation, einen Blick durch das Brandenburger Tor in den bösen Osten zu werfen. Viele kommen, um hier ihre vorgefaßten Meinungen bestätigt zu finden. Man bringt ein Bild in Schwarzweiß mit, das man etwas prononcierter wieder mitzunehmen gedenkt. Wer in Berlin ein differenzierteres, unter Umständen ein neues Bild gewinnen will, muß sich vor seinem latenten oder seinem ausgesprochenen Antikommunismus hüten. Der bewußte Antikommunist reiht sich sofort in die Frontstellung ein, der latente Antikommunist wird in die Frontstellung eingereiht. Nicht nur

## CÉCILE ZÜLLIG

in Ost-Berlin, auch in West-Berlin läuft eine Propagandamaschine. Wenn wir uns einreihen, tragen wir zur Frontverhärtung bei.

Diese Frontverhärtung ist besonders in den Kreisen der Sozialdemokratie spürbar. Das ist zu begreifen, weil die SPD derart in der Berliner Frage engagiert ist. Die jüngste Parteigeschichte der SPD Berlin und die Spaltung der Stadt sind untrennbar miteinander verknüpft. Die SPD ist sich bewußt, welche Rolle ihr im politischen Kräfte-spiel zukommt — und in jedem Rollenspiel werden Masken zur Schau getragen.

\*

In Ost-Berlin erschweren andere Faktoren das Gespräch. Da ist einmal die Taktfrage. Wer aus dem Westen kommt, ist irgendwie der Wohlhabende und der Mensch in Ost-Berlin der arme Verwandte. Arme Verwandte sind empfindlich, mit Recht.

Wer mit dem System in Widerspruch lebt, spricht sich in der Regel nur in einem ganz bestimmten, intimen Rahmen aus.

Der Systemgetreue verwendet rasch Klischees, und wir dann auch — das Gespräch läuft Front gegen Front. Ein gegenseitiger Vertrauenscredit ist die Voraussetzung für ein rechtes Gespräch, und dieser Credit wird nicht blanko gegeben.

Es wurde uns vorher versichert, daß man auch mit Kommunisten in ein echtes Gespräch kommen könne, ohne daß man sich selber preisgebe. Zum mindesten haben wir Ansätze echter Gespräche erfahren.

Eine Stimme sagte: „Man muß Zeichen von Furchtlosigkeit setzen, weil andere Furcht haben. Warum aber ist Furcht? Warum wagen die Leute bei uns nicht, die Wahlkabinen zu benutzen? Warum wagen sie nicht, den Wahlen fernzubleiben?“ Diese Fragen galten gar nicht uns; sie gingen an die Adresse von ebenfalls anwesenden Kommunisten.

Dies ist die Stimme einer Parlamentarierin: „Man muß Zivilcourage haben. Es wäre bei uns im Osten manches sehr viel besser, hätten die Leute mehr Zivilcourage. Meine Kinder sind nicht zu den Jugendweihen gegangen und sie studieren doch.“

Wie wäre es, wenn im Westen die Zivilcourage eine allgemeine Tugend wäre?

Ein Kommunist unterrichtete uns, was Demokratie sei: „Der Staat ist ein Herrschaftsverband. Wichtig ist, wer wen regiert. Bei uns regieren die Millionen die Millionäre, im Westen die Millionäre die Millionen.“ Wir fragten: „Ist das Demokratie, wenn Parlamentsbeschlüsse immer einstimmig gefaßt werden? Ist das Demokratie, wenn keine Opposition möglich ist? Warum beteiligt sich die SPD in Ost-Berlin nicht an den Wahlen?“

Antwort: „Die SPD kann sich an den Wahlen beteiligen, doch weigert sie sich, das Programm der Nationalen Front anzuerkennen. Opposition gibt es auch bei uns, und wie, aber wir bereinigen die Differenzen intern. Wieviel unwürdiges und überflüssiges Gewäsch vor der Öffentlichkeit in euren westlichen, sogenannten Demokratien!“

Dies sind ein paar Beispiele, die zeigen, daß es gar nicht leicht ist, miteinander zu reden. Dieselben Begriffe werden verwendet, doch die Inhalte sind nicht kongruent, weil diese mit einem verschiedenen Komplex sozialer und politischer Zusammenhänge in bezug stehen. Welche Ideologie wir vertreten, wir alle neigen dazu, mit Wortmagie — z. B. mit den Begriffen Demokratie, Volk, Freiheit — die tatsächlichen sozialen und politischen Wirklichkeiten und Prozesse zu überdecken. Billig deshalb, nur die anderen der Spiegelfechtereie zu bezichtigen. So einfach dürfen wir uns die Sache um die Wahrheit nicht machen. Eines jedenfalls haben uns solche Gespräche zu lehren: „Die Wahrheit liegt nicht auf dem Tisch. Niemand besitzt sie endgültig. Sie ist wirklich nur dadurch, daß um sie gerungen wird“ (*Jaspers*).

\*

Es gibt in Berlin noch etwas anderes als Frontstellungen und bewußte Auseinandersetzungen von Front zu Front, offene sowohl wie getarnte. Es gibt Menschen in Berlin, die ihre Tätigkeit als Klammerfunktion auffassen. Wie können wir helfen? — lautet ihre Frage. Sie stehen im kalten Krieg drin, an dem sie leiden, mit dem sie sich auseinandersetzen. Sie entwickeln dabei Kräfte, die sich an einer transzendentalen Hoffnung orientieren. Einige davon stehen auf dem Boden eines nüchtern-realistischen, christlich bestimmten Existentialismus. Was diese Stimmen sagten, gehört zum Eindrücklichsten, was wir in Berlin vernommen.

„Alles Antidenken ist falsch, auch das Denken in Maginotlinien. Wer in Maginotlinien denkt, dem wird es gehen wie den Franzosen. Es geht nicht um Koexistenz oder nicht, es geht um eine Art Proexistenz.“

„Verhängnisvoll ist es, eine Partei der Frommen gegen eine Partei der Gottlosen zu bilden. Nicht der Atheismus als Weltanschauung ist das Problem. Das Problem ist der praktizierte Materialismus im Osten und im Westen. Gefährlich ist der Dibelianismus: wer Antikommunismus und Christentum identifiziert, verdirbt alle Chancen. Der Christ hat die Aufgabe, die Systeme zu durchbrechen, das System des Ostens und das System des Westens“, was auch *Karl Barth* in seinem „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ meint.

Nehmen wir das Beispiel der Kollektivierung der Landwirtschaft, die jetzt in der Zone so viel zu schaffen macht, weil die deutschen Kommunisten in deutscher Gründlichkeit ideologische Perfektion anstreben. „Es ist wahr und es ist furchtbar, daß Bauern sich nicht zurechtfinden, daß sie Selbstmord begehen, daß sie fliehen. Doch ist das nur Vorwurf an die Kommunisten? Ist das nicht auch die Auswirkung einer sehr verhängnisvollen Verquickung von Christentum mit bestimmten Eigentumsvorstellungen? Im Zusammenhang mit der Kollektivierung gibt es merkwürdige Umkehrungen, wo Christen versuchen, in christlicher Verantwortung in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften hineinzugehen.“ Es soll geradezu exemplarische Beispiele geben, wie Dörfer in der Zone menschlich und wirtschaftlich aufblühen.

Das Wort Buße ist gefallen. „Durch eigene Schuld haben wir kein Vaterland mehr“, wurde gesagt. „Ein Neuanfang ist nur durch Buße möglich. Wer glaubt, die Oder-Neiße-Linie überhaupt noch diskutieren zu können, hat noch nicht begriffen, was die Deutschen sich im Osten, in Polen und in Rußland an Schuld aufgeladen haben. Im russischen Volk lebt ein Trauma, der Schrecken vor den Deutschen. Dieses Trauma könnte uns allen zum Verderbnis werden.“ Das wurde nicht ins Blaue daher geredet. Dieser Aufruf zur Buße bekommt Hintergrund, wenn wir beispielsweise an die ungeheuren Kriegsverluste Sowjetrußlands erinnern. Die Russen beklagen 20,6 Millionen Opfer.

Es wurde auf die Aktion „Sühnezeichen“ hingewiesen. „Etwas tun, was die Sozialordnung neu gestaltet, uns der Entwicklungsländer in ganz anderem Ausmaße annehmen. Man glaubt, die Verelendungstheorie von *Karl Marx* kritisieren zu können, weil sich die Entwicklung anders vollzogen habe. Tatsache ist, daß die Völker in Afrika und Asien sich einem zunehmenden Schwund ihres Wohlstandes gegenüber sehen und daß Amerika und Europa immer wohlhabender werden. Dies entspricht sehr wohl der Aussage von *Karl Marx* in einer anderen Proportion.“

Denken wir an das Wort von Jeremias: „Tut der Stadt Bestes für die Juden, die in Babylon sitzen.“

Der Stadt Bestes tun, das ist unser aller Auftrag.

Der Hoffnungsphilosoph *Ernst Bloch*, der subtile Atheist, der an theologischen Fakultäten in der DDR wie in katholischen Studentenkreisen studiert und diskutiert wird, sagt: Die Hoffnung erhöht das Subjekt über das Objekt. Das Subjekt, befähigt durch die Hoffnung, bestimmt seine Geschichte selbst. Das Heute ist das „Noch-Nicht“.